



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF: Globale Folgen des Ukraine-Kriegs erfordern einen baldigen Waffenstillstand

Bonn, 9. Juni 2022/dj

Vieles deutet darauf hin, dass der Krieg in der Ukraine noch viele Monate dauern wird. Angesichts der sich abzeichnenden katastrophalen Folgen nicht nur für die Ukrainerinnen und Ukrainer, sondern auch für die Länder des globalen Südens hält es die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) für wichtig, dass möglichst bald ein Waffenstillstand geschlossen wird mit einem für alle akzeptablen Weg hin zu einem dauerhaften Frieden. „Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen als Folge der völkerrechtswidrigen militärischen Intervention Russlands wirken sich angesichts der globalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge auch weltweit aus“, so Jan Gildemeister, der AGDF-Geschäftsführer.

„Der Krieg führt dazu, dass Weizen und andere Agrarprodukte nicht mehr aus der Ukraine als einem der führenden Exporteure von Getreide exportiert werden können. Darüber hinaus haben die Sanktionen gegen Russland weltweit steigende Preise für Erdöl und Erdgas zur Folge“, erläutert Gildemeister. Hinzu kämen negative Auswirkungen für die natürliche Umwelt. „Denn Krieg bedeutet immer eine immense Umweltzerstörung, die besonders eindrücklich an Angriffen auf Öldepots ersichtlich wurden. Auch die Besetzung von Atomkraftwerken stellt eine große Gefahr für die Umwelt dar“, betont der AGDF-Geschäftsführer.

Aktuell würde Gas vermehrt durch Fracking gewonnen, was einen besonders großen Eingriff in die Natur bedeute. Auch seien die Transportwege nun weiter und dies würde zu einem erhöhten Kohlendioxidausstoß führen, meint Gildemeister mit Blick auf die Folgen der Sanktionen gegen Russland. „Es wird insbesondere aufgrund steigender Preise von einem Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums ausgegangen, vor allem im globalen Süden, aber auch in der EU“, mahnt der AGDF-Geschäftsführer. Hingegen würden die US-Wirtschaft und hier insbesondere die Rüstungsindustrie vom Krieg profitieren. Und in Deutschland könnten die sozialen Folgen über staatliche Hilfen, auch mit Inkaufnahme neuer Schulden aufgefangen werden.

„Dagegen gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass sehr viele Menschen im globalen Süden aufgrund der Folgen von Krieg und Sanktionen weiter verarmen oder sogar verhungern werden“, kritisiert Gildemeister. „Diese Folgen sind aufgrund der globalen Ungerechtigkeit verheerend. Der Reichtum des globalen Nordens basiert letztlich auf Strukturen der Ausbeutung des globalen Südens. Auch die Konsequenzen unseres hohen Kohlendioxid-Verbrauchs, der zu einem nicht geringen Teil auf Krieg und das Militär zurückzuführen ist, spürt

vor allem der globale Süden“, mahnt der AGDF-Geschäftsführer und befürchtet, dass die laufende Aufrüstung in vielen Staaten diese Entwicklung weiter verschärfen werde.

Für die AGDF verdeutlicht dies nun auch die bedenkliche Rolle, die die Interessenlagen von Wirtschaft und Rüstung spielen würden. „Dies zeigte sich, als Deutschland die Pipeline Nord Stream 2 mit vorantrieb, ebenso wie die Genehmigung eines Auftrags an den Rüstungskonzern Rheinmetall, in Russland ein Gefechtsübungszentrum für 100 Milliarden Euro zu errichten“, so Gildemeister.

Auch hätten umstrittene Militärinterventionen des Westens, wie 2003 beim zweiten Irakkrieg oder beim Einsatz der NATO im ehemaligen Rest-Jugoslawien, in der Welt nicht zu mehr Vertrauen in die westliche Politik geführt. „Beide Kriege waren völkerrechtswidrig und nicht durch ein UN-Mandat gedeckt“, so der AGDF-Geschäftsführer.

Dies sei sicher auch ein Grund dafür, warum Staaten trotz der dortigen Menschenrechtsverletzungen die Zusammenarbeit mit China oder Russland suchen würden, obwohl diese auch Abhängigkeiten zur Folge habe, glaubt die AGDF. „Insofern ist es nicht verwunderlich, dass mehrere Staaten den Angriffskrieg Russlands, obwohl völkerrechtswidrig und durch nichts zu begründen, nicht verurteilt und auch viele sich nicht den Sanktionen angeschlossen haben“, betont Jan Gildemeister. Dazu komme, dass Krisenherde, in die Russland auch involviert sei, wie Syrien, Libyen, Jemen, Georgien oder Republik Moldau, unruhiger geworden seien. „Das Regime in Moskau ist weiterhin in der Lage, in erheblichem Maße weltweit für Unruhe zu sorgen“, so der AGDF-Geschäftsführer. Auch darum sei es wichtig, dass es bald in der Ukraine zu einem Waffenstillstand komme, fügt er hinzu.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13